

Maja Suderland (Darmstadt)

Bildung und soziale Ungleichheit in der Wissensgesellschaft

Bericht über die gemeinsame Jahrestagung 2003 der Sektionen "Bildung und Erziehung" und "Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 10. - 12. Juli 2003 an der Universität Rostock

In den letzten Jahren wurde der Begriff "Wissensgesellschaft" sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in den Sozialwissenschaften immer häufiger zur Charakterisierung zentraler Strukturmerkmale zeitgenössischer Gesellschaften verwendet. Vor diesem Hintergrund hatten *Beate Kraus* (Darmstadt) und *Peter A. Berger* (Rostock) zur gemeinsamen Sektionstagung nach Rostock eingeladen, um aktuelle bildungs- und ungleichheitssoziologische Diskussionen, theoretische Ansätze und empirische Forschungen zur "Wissensgesellschaft" zu bündeln und zentrale Forschungsperspektiven herauszuarbeiten.

Die erfreulich gut besuchte Tagung wurde von *Helmut Berking* (Darmstadt) mit dem Vortrag "Globalisierung und soziale Ungleichheit" und einem Blick auf die räumliche Organisation sozialer Beziehungen eröffnet. Ausnahmslos alle sozialen Phänomene mussten in ihrem Weltbezug konzeptualisiert und das Globale als oberstes Relevanzsystem anerkannt werden, postulierte er in seinen Ausführungen. Anhand des World Development Report der Weltbank und des Human Development Report der UNO ließe sich veranschaulichen, dass die bislang dominierenden analytischen Konzepte von Staat, Gesellschaft, Kultur und Ökonomie für Bereiche der nicht-formellen globalen Ökonomie blind blieben. Das rege Treiben von staatlich geduldeten, illegalen Schattenökonomien, die z.B. im Bereich des Drogen- und Waffenhandels, der Prostitution, des Diamantenschmuggels oder Organhandels angesiedelt seien, wiese jedoch weltumspannende Netzwerke und höchst komplexe Organisationsstrukturen auf, deren logistische Höchstleistungen nicht ohne Rückgriff auf die Infrastruktur staatlicher Institutionen denkbar seien. Weltweit verdienten Millionen von Menschen ihr Brot durch diese Schattenökonomien und erwirtschafteten mehr als eine Billion Dollar, die zwar in den Geld- und Warenkreislauf zurückfließen und dadurch Ökonomie und Politik beeinflussten, jedoch in keiner offiziellen Statistik erschienen. Besonders in den Kriegs- und Krisengebieten der Welt seien diese "shadows" häufig die einzig verfügbaren und zuverlässigen Organisationen ökonomischer Reproduktion. Dies rühre daher, dass sie auf die bewährten Modi der verwandtschaftsbezogenen Nahmoral, auf Vertrauen und Reziprozitätsnormen, auf Kooperation und Kommunikation setzten. Gleichzeitig handele es sich um hochintegrierte internationale Netzwerke, basierend auf Elitenkriminalität und strategischen Allianzen mit legalen Institutionen. Diese Produktion von Illegalität gehöre zu den Konstruktionsprinzipien staatlicher Ordnungen, Prozesse "kreativer Entstaatlichung" würden durch staatliches Ordnen geradezu angeheizt, so Berking. Diesen in gigantischem Ausmaß stattfindenden Austausch zwischen beiden Sphären zu ignorieren trage zur Verschleierung einer globalen Macht bei, die selbst bei bescheidenen Schätzungen ein Drittel des weltweiten Austauschs realisiere und weder in unseren ökonomischen noch sozialwissenschaftlichen Weltbildern vorkomme. Die bekannten - und zweifellos Besorgnis erregenden - Daten über weltweite Armut und soziale Ungleichheit sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Wissen über die Welt, in der wir leben, nur äußerst ausschnitthaft sei.

Der folgende Beitrag von *Justine Suchanek* (Bielefeld) basierte auf einer Analyse von Stelleninseraten in der FAZ (1989 – 2002). Wissen suggeriere Handlungsvermögen und daher werde soziale Inklusion in der Wissensgesellschaft zunehmend durch Wissen erreicht, so die These. Um Rückschlüsse auf qualitative Aspekte dieser Inklusion zu erhalten, wurden die in den Inseraten verlangten formalen Qualifikationen und neuen Wissenstypen untersucht. Das Ergebnis zeige nicht nur eine Zunahme der Kommunikation über Wissen, sondern auch den "semantischen Erfolg" bestimmter Wissenstypen:

Stilsicherheit, Medienkompetenz und forschende Arbeitsweise waren demnach die quantitativen Spitzenreiter unter den genannten und von zukünftigen Stelleninhabern erwarteten Wissenstypen. Suchanek betonte, dass in Wirtschaftsorganisationen durch die Zunahme von kommunizierten Wissenstypen und die Bevorzugung informeller Kompetenzen derzeit eine Verschiebung hinsichtlich der sozialen Inklusion im Wirtschaftssystem stattfindet. Offen blieb indes, inwiefern die bei Unternehmen und Stellenanwärtern vermehrte Kommunikation über Wissen eine reale Entsprechung in Form erweiterten bzw. veränderten Wissens findet oder ob Inklusion nicht vielmehr vom Erfolg der Kommunikation über Wissen abhängt.

Der erste Tag wurde mit einer Podiumsdiskussion abgeschlossen, die von *Rainer Geißler* (Siegen) eingeleitet wurde. Er äußerte sich zum Wandel der Chancenstruktur nach Schicht, Geschlecht, Ethnie (und deren Verknüpfungen) in der Wissensgesellschaft. Die wichtigsten sozialen Trends seien das Beharrungsvermögen der Klassen- und Schichtstruktur, Fortschritte in der Gleichstellung der Mädchen und Frauen sowie der Wandel zur multiethnischen Gesellschaft. Heute entspreche der ehemals besonders benachteiligten Arbeitertochter der mit äußerst schlechten Chancen ausgestattete Migrantensohn. Bildungssoziologische Ungleichheitsforschung müsse sich daher neben der Schicht- und Klassenanalyse auf ethnische Minderheiten- bzw. Integrationsforschung konzentrieren.

Beate Kraus (Darmstadt) forderte eine Abwendung von der Vorstellung der Quantifizierbarkeit und Warenförmigkeit des Wissens und eine Hinwendung zu einer ganzheitlichen Konzeption des Wissensbegriffs. Die Erweiterung und Differenzierung kultureller Produktion auch mit Hilfe Neuer Medien ziehe zugleich eine veränderte Rezeption nach sich: Kulturelle Produkte seien in hohem Maße individuell zugänglich, entstünden aber auch in neuen Formen gemeinschaftlicher Aktivitäten. Daher gebe es nicht nur eine neue Vielfalt kultureller Strömungen, sondern auch neue Orte für Kultur. Da diese z.T. alternative Szenekultur eher naturwüchsig sei und nicht auf geordnete Strukturen und Organisationen zurückgreifen könne, seien kulturelle Präferenzen auch in der Wissensgesellschaft immer noch ungleichheitsverstärkend und vergrößerten die Kluft zwischen verschiedenen sozialen Milieus. In Ermangelung von gemeinsamen kulturellen Mindeststandards müsse die Schule einen Beitrag zur Handlungs- und Diskursfähigkeit leisten und die neuen Formen kultureller Vergemeinschaftung mit in den Blick nehmen, um einem weiteren Aufspreizen der Kluft entgegenzuwirken.

Michael Vester (Hannover) beschäftigte sich mit der Frage nach der Bildungsinflation und dem Übermaß an Qualifikation in unserer Gesellschaft. Durch Zunahme an Bildung verlören Machthierarchien, die auf Kompetenzvorsprüngen beruhten, an Rationalität. Vester forderte die neuen Bildungsmilieus dazu auf, Druck auf Bildungsinstitutionen und Machtpositionen auszuüben. Selektion und soziokulturelle Abdrängungsmechanismen würden durch die Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems verstärkt: Durch Zerschlagung sozial gemischter Peergroups im Alter von zehn Jahren zementiere die Schule den Prozess sozialer Auslese.

Reinhard Kreckel (Halle/Wittenberg) formulierte Kritik am Begriff der Wissensgesellschaft, dieser führe zurück in die nationalgesellschaftliche Falle. Derzeit sei ein bislang unentschiedener Kampf zwischen zwei meritokratischen Idealen zu beobachten: In dem "Laufbahnmodell" sei die Schule die zentrale Dirigierungsstelle; dieses normative Muster habe in Deutschland Tradition. Das "Wettkampfmodell" hingegen gehe von Individuen aus, die immer wieder auf dem Prüfstand stünden und nur durch lebenslanges Lernen ihr Geschick autonom steuern könnten. Kreckel empfahl zur Erklärung der gebremsten Bildungsexpansion die Hinzuziehung beider Modelle.

Wolfgang Bonß (München) vertrat die These einer Akzentverschiebung der Bildungskonzeptionen. Die "Trias der Moderne" (Arbeit – Wissen – Risiko) ließe zunehmend Veränderungen der Strukturbedingungen und Praktiken erkennen, die eine Ausdifferenzierung von Wissenstypen und eine veränderte Verkopplung von Wissen und Unsicherheit nach sich zögen. Im Übergang zur "zweiten Moderne"

könne daher eine Entwicklung von "Persönlichkeitsbildung" hin zu "Subjekt bezogenem Wissensmanagement" nachgezeichnet werden.

Die anschließende rege Diskussion mit dem Publikum pendelte um Fragen nach der Relevanz von Ethnie im Zusammenhang mit Chancenungleichheit. Wie empirisch belegt werden könne, sei das Phänomen der Benachteiligung ethnischer Minderheiten im deutschen Bildungssystem eher das der Unterschichtung. Lebhaft wurde auch die Frage nach dem möglichen Beitrag der Schule zur Erhöhung von Chancengleichheit diskutiert.

Mit dem Vortrag "Bildungsinstitutionen, Bildungsziele und soziale Selektion: eine neo-institutionalistische Analyse" von *Susanne von Below* (Frankfurt/Main) begann der zweite Tag der gemeinsamen Sektionstagung. Sie konzentrierte sich in ihren Ausführungen auf die Darstellung der Veränderungen, die das ursprünglich einheitliche Bildungssystem der DDR durch Übernahme unterschiedlicher Bildungssysteme in den neuen Bundesländern erfuhr. Dabei zeige sich, dass "straff" bzw. "locker" geregelte Strukturen und Inhalte der Bildungssysteme jeweils kollektiven bzw. individuellen Interessen stärker förderlich seien. Bei Schülern mit niedrigem familiären Bildungshintergrund sei die soziale Selektivität besonders stark in Abhängigkeit vom jeweiligen Bildungssystem wirksam. Dieses quasi-natürliche Experiment durch die Deutsche Vereinigung verdeutliche, dass nur die Erforschung der Realität, nicht aber politische Programme Auskunft darüber geben könnten, wie stark der Einfluss politischer Entscheidungen auf die soziale Auslese im Bildungssystem sei.

Nach einem Vortrag von *Barbara Rößer* (Regensburg) über das Problem der Subjektivierung von Arbeit in der Wissensgesellschaft, in der Employability auch in der Pädagogik zum obersten Gebot generiere und sich Lernen auf "ökonomisierte Selbsthervorbringung und individualisierte Unterwerfung" im Sinne Foucaults reduziere, eröffnete *Helmut Bremer* (Münster) mit seinem Beitrag "Schöne neue Weiterbildungswelt?" die Perspektive auf Akteure des Lernens. Die Diskurse über Weiterbildung würden weitgehend von Eliten geprägt, deren eigenen Idealbilder einfließen und die Frage nach sozialer Ungleichheit ausblendeten. Weder das Konzept des autonomen Subjekts, das frei von gesellschaftlichen Zwängen Möglichkeiten der Selbstentfaltung suche, noch das Konzept des eigenverantwortlichen Bildungsunternehmers, das in Unternehmenskreisen eingefordert werde, finde eine Entsprechung in der Bildungspraxis von bildungsfernen Arbeitermilieus. Vielmehr seien deren Bildungsstrategien von instrumentellen, alltagsgebundenen Nutzen-Motiven geprägt, deren Kenntnis für eine differenzierende, rationale Erwachsenenpädagogik im Sinne Bourdieus unabdingbar sei.

Auch der Beitrag von *Andrea Lange-Vester* und *Christel Teiwes-Kügler* (Hannover) über die "Illusion der Chancengleichheit" und "soziale Ungleichheit in sozialwissenschaftlichen Studierendenmilieus" richtete den Fokus auf Akteure des Lernens unter Zuhilfenahme des Bourdieuschen Instrumentariums: Eine empirische Erhebung an der Universität Hannover erforscht das Zusammenwirken von Habitus und Feld und dessen Einfluss auf Bildungsstrategien und Studienerfolg bei Studierenden sozialwissenschaftlicher Fächer. Die Analyse zeige, dass den verschiedenen Studierendenmilieus ein unterschiedliches Maß an Akkulturation an das akademische Feld abverlangt werde. So sei bereits die Wahl des Studienfaches durch soziale Herkunft und Habitus geprägt. Während des Studiums dann prägten Konkurrenz- und Konfliktbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Milieus den Fortgang und wirkten als versteckte, soziale Abdrängungsmechanismen. Die Vortragenden forderten dazu auf, die verschiedenen Habitus-Dispositionen Studierender ernst zu nehmen, um ständischen Segregationsmechanismen verstärkt entgegenzuwirken. Dazu seien allerdings auch die Professoren aufgefordert, sich ihrer "Habitus-Blindheit" bewusst zu werden und die "andere Bildung" unterrepräsentierter Milieus anzuerkennen.

Regula Julia Leemann (Zürich) befasste sich mit Chancenungleichheiten in wissenschaftlichen Laufbahnen. Die zugrundeliegende empirische Untersuchung analysierte quantitative Daten aus der

Schweiz und zeige, dass insbesondere Geschlecht und soziale Herkunft Habitus-bedingt über die Integrationsmöglichkeiten entschieden; dies differiere jedoch auch fächerspezifisch. Die Indikatoren seien mangelnde Einbindung in die Netzwerke der scientific communities und geringere Publikationsraten bei Frauen und Nachkommen unterer sozialer Schichten. Die Untersuchung ergab außerdem, dass - entgegen der gängigen Vorstellung - familiäre Betreuungsaufgaben die Publikationsrate keineswegs negativ beeinflussten. Ebenso überrasche das Ergebnis, dass Frauen in den von Männern dominierten Disziplinen gleich häufig eine Promotion anstrebten wie ihre männlichen Kollegen, im Gegensatz zu den "Frauenfächern", wo mehrheitlich Männer promovierten.

Der folgende thematische Block zu Aspekten der Hochschulreform begann mit einem Beitrag von *Antonia Kupfer* (Berlin) über die Einführung neuer Leitungs- und Organisationsstrukturen im deutschen Hochschulsystem. Diese seien lediglich als kleiner Schritt in Richtung größerer Inklusion von Frauen und Angehörigen unterer sozialer Herkunft anzusehen. Die Einführung von kurzen Bachelorstudiengängen bewertete Kupfer als eine Öffnung gegenüber traditionell benachteiligten Gruppen, wohingegen die Masterstudiengänge durch verschärfte Zugangsvoraussetzungen der Selbstselektion Vor-schub leisteten.

Unter dem Titel "Die vereinbarte Abdankung: Zur ungleichheitspolitischen Bedeutung von Zielvereinbarungen zwischen Landesregierungen und Hochschulen" stellten *Karsten König* und *Reinhard Kreckel* (Halle/Wittenberg) die Analyse aller derartigen, in der Bundesrepublik vorhandenen Dokumente vor. Die dort festgeschriebene, zunehmende Ökonomisierung der Hochschulen zeitige eine unbeabsichtigte "Ungleichheitsvergessenheit": Die von ungebremstem Wettbewerb dominierten Leitthemen wie Spitzenleistungen, Profilbildung, Studienbeschleunigung, leistungsbezogene Besoldung, Haushaltskonsolidierung usw. ließen ein Bemühen um Chancengleichheit allein unter dem Schlagwort Gender Mainstreaming erkennen. Die klassische Frage nach der Ungleichheit der sozialen Zusammensetzung der Studierendenschaft führe dagegen nur noch ein Schattendasein. Entgegen explizit geforderter, geförderter und honorierter Frauenquoten und einem Bemühen um Internationalisierung durch Steigerung des Ausländeranteils gebe es keinerlei Anreize für Hochschulen, den Anteil von Kindern aus den Arbeitermilieus zu erhöhen. Um dieser "sozialen Erosion" und - in Anspielung auf Bourdieu - "Abdankung des Staates" entgegenzuwirken, seien Zielvereinbarungen zwar derzeit ungenutzte, dennoch durchaus geeignete Steuerungsinstrumente.

Ein Blick auf PISA stand zu Beginn des letzten Tages mit den Vorträgen von *Rainer Geißler* (Siegen) und *Petra Stanat* (Berlin) auf dem Programm. *Geißler* reklamierte in seinem Beitrag "Das Schweigen zur schichtspezifischen Benachteiligung – von PISA (vorübergehend?) gestört", dass das Vorhandensein größerer Bildungschancen keineswegs per se eine höhere Bildungsgerechtigkeit impliziere. Diese, nicht zuletzt durch das Desinteresse der Bildungsforschung verschuldete "Illusion der Chancengleichheit" sei durch die Ergebnisse der PISA-Studie demaskiert worden. Der soziale Filter im deutschen Schulsystem funktioniere offenbar leistungsunabhängig. Nur in den neuen Bundesländern konnte die "nachholende Bildungsexpansion" von Kindern aus zuvor benachteiligten Schichten gut genutzt werden. Auch nach PISA zeigten die Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit, dass das international schlechte Abschneiden Deutschlands als weitaus Besorgnis erregender eingestuft werde als die schichtspezifische Benachteiligung.

Petra Stanat (Berlin) fokussierte in ihrem Vortrag die "Bildungschancen von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund". Die Analyse entsprechender PISA-Daten zeige, dass insbesondere die Herkunftssprache und die Beherrschung der Verkehrssprache einen starken Einfluss auf individuellen Schulerfolg habe. Darüber hinaus gebe es einen "Kompositionseffekt", der zeige, dass die Zusammensetzung der Schülerschaft innerhalb der Klassen Einfluss auf das Gesamtniveau des Kompetenzerwerbs habe. Nicht jedoch der Migrationshintergrund gebe den Ausschlag für diesen negativen Ein-

fluss: Da die Mehrheit der Schüler mit Migrationshintergrund aus unteren sozialen Milieus stammte, sei die Ursache für diesen Effekt als Unterschichtungsprozess zu sehen. Dieses Resultat sei allerdings für verschiedene Gruppen der Zuwanderer noch zu differenzieren.

Der Vortrag von *Irene Lischka* (Halle/Wittenberg) befasste sich mit einem besonders für die neuen Bundesländer entscheidenden Aspekt der Ökonomisierung durch das Bildungswesen: Die Ansiedlung und Unterhaltung von Einrichtungen des tertiären Bildungssektors habe Auswirkungen auf den regionalen Markt, schaffe Arbeitsplätze, belebe die Wirtschaft und produziere Hochschulabsolventen in der Region. Vor diesem Hintergrund sei es insbesondere in den Neuen Ländern von größter Bedeutung, die "Studierwilligkeit" und Motive für Abwanderung zu kennen. In den neuen Bundesländern zeichne sich eine stärkere Hinwendung zu betrieblicher Ausbildung und praxisorientierten Studiengängen an Fachhochschulen ab. Ausschlaggebend sei hierfür die öffentliche Wahrnehmung der Arbeitsmarktsituation. Der merklich zunehmende Wunsch nach Abwanderung an Hochschulen der alten Bundesländer lasse ein weiteres "Ausbluten" der Neuen Länder befürchten.

Abschließend referierte *Steffen Hillmert* (Berlin) zu der Frage nach der "zweiten Chance" durch späte Ausbildungsentscheidungen. Die Analyse empirisch erhobener Daten zeige, dass späte Bildungsentscheidungen sozial besonders selektiv seien, da ungleich verteilte Ressourcen oder unterschiedliche Bildungsaspirationen gerade bei diesen "freiwilligen" Bildungsentscheidungen zum Tragen kämen. Die anfängliche Ungleichheit in der Bildungsbeteiligung würde im Lebensverlauf eher verstärkt, denn je besser die sozialen Voraussetzungen seien, umso häufiger würden zusätzliche, höher qualifizierende Bildungsschritte unternommen. Dies könne im individuellen Fall zwar durchaus eine Chance im Bildungsaufstieg darstellen, aber kollektiv könne nicht von einer Kompensation von Bildungsbenachteiligungen gesprochen werden.

In den Diskussionen dieses letzten thematischen Blocks wurde erneut die Aufhebung einer systematischen Trennung von "Bildung" und "Ausbildung" eingefordert: Als handelnde Subjekte vereinten die Akteure des Lernens beides miteinander. Das von der Bildungsforschung vernachlässigte Thema Ausbildung könne Aufschluss über unterschiedliche Aspekte sozialer Ungleichheit geben, zumal es hier in den unteren sozialen Milieus Gewinner gebe, die ansonsten wenig beachtet seien!

Der Facettenreichtum der Beiträge und lebhaften Diskussionen während dieser Tagung ließ im Auditorium den Gedanken aufkommen, dass der derzeit aktuellen Frage nach der Wissensgesellschaft wohl doch mehr rhetorische Bedeutung zukomme, als dass sie Aufschluss über bildungsbedingte Ungleichheitsstrukturen in unserer Gesellschaft geben könne. Der semantische Erfolg der Wissensgesellschaft gleiche der "Verbeugung vor dem Gessler-Hut" und verdecke die nach wie vor dringlichen Probleme ungleicher Chancenverteilung im Bildungssystem. Diese jedoch sei unlösbar mit ungleicher gesellschaftlicher Integration und Teilhabe sowie mit Aspekten von Macht und Herrschaft verknüpft. Vor diesem Hintergrund zeigten sowohl etliche Vorträge als auch Diskussionsbeiträge der diesjährigen Tagung aufs Neue, wie aktuell und fruchtbar die machttheoretischen Implikationen der Konzepte Bourdieus für bildungs- und ungleichheitssoziologische Fragestellungen sind.

Maja Suderland (Darmstadt)